

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Nr. 155.

Halle, Donnerstag den 29. November 1917.

1. Jahrgang.

Der Beuteplan der Gegner

Wofür kämpft die Entente? Das ist doch klar, denn es ist hundertfacher gesagt und veründert worden. Für die Befreiung der kleinen Nationen vom deutschen Joch, für den Sieg der Demokratie gegen die Autokratie — nebenbei bis zur Mitte des März 1917 im Sinne mit dem Jargonismus! — für die Freiheit der Welt gegen die deutsche Bedrückung, für Recht und Gerechtigkeit gegen die deutsche Vergewaltigung, für die Zivilisation gegen das deutsche Barbarentum, für die Kultur gegen die deutschen Dummheit, für die höchsten Ideale der Menschheit gegen die gepanzerte Faust des deutschen Militarismus. Für alles dies und sonst noch das Erdenglück an Erdenglück und Wohlfahrt des Menschengeschlechts. Beileibe nicht für materielle Ziele oder gar Absichten der Eroberung und gewaltsamer Gebietsabtretung. Grobern und anerkennenden wollen nur die deutschen Imperialisten. Die Imperialisten der Entente, des fischgelehrigen Staatenvielerbandes wollen nur bereichern und beglücken.

Diese Kunde ist länger als drei Jahre durch die Presse des Vielverbandes und sämtlicher Neutralen gegangen, und von sämtlichen Leitern der Hunderttausende von Blättern geglaubt worden. Den ersten Winklang in diesen Weltkörper des Reiches der Entente brachte der verlassene kaiserliche deutsche Reichskanzler Michaelis, als er in seiner Antikriegsrede bekanntgab, daß zwischen den Weltmächten und Rußland Geheimverträge zwecks

Verpflichtung Deutschlands

geschlossen worden seien. Die Franzosen wollten außer Eliaf Lothringen auch das ganze linke Rheintal von Deutschland losreißen; die Russen wollten durch Anexion in Ostpreußen, Westpreußen und Polen den dritten Zugang zur Dniep ergewinnen. Die Engländer — ja, es stand noch nicht fest, wie weit sie über die belgische Grenze ins deutsche rheinisch-westfälische Industrie- und Kohlengebiet hineingreifen wollten. Ihr Plan hing noch mehr als die andern vom Ausgang des Krieges ab.

Die Enthüllungen des verlassenen Michaelis madeten wohl Aufsehen, aber sie überzeugten noch nicht völlig. Es sprach ein Parteimann und er gab auch nur den ungefähren Inhalt an. Es fehlte die Kunde des dokumentarischen Nachweises, gegen den keine Sophistik, keine Abschwächung, keine Bemäntelung, keine Ausrede der weitlichen Minister aufkommen konnte.

Was Michaelis schuldig beweisen mußte, haben die Führer der Volkswirtschaft in Petersburg jetzt nachgeholt. Sie veröffentlichten in ihrer „Krawda“ (Wahrheit) die ersten der Geheimverträge und Geheimdevisen im Wortlaut. Nun muß die neutrale Welt aufhorchen; nun muß sie glauben, was gesagt wird. Nun horchen auch die Millionen der russischen Soldaten auf und nun haben die Nachhaber des Weltens alles Erdendbare zu tun — sie sind doch Verdächter der Demokratie und der Freiheit! — um ihren Völkern die Kenntnis der Geheimverträge und des Beuteplans vorzuenthalten. Die Völker Frankreichs und Italiens kennen ja heute noch nicht den Aufbruch der Volkswirtschaft, in dem sie allen Kriegsvorgängen und allen Neutralen den sofortigen Waffenstillstand für drei Monate und alsbaldige Friedensverhandlungen vorschlagen. Da wird es schon gelingen, im Namen der Demokratie und Freiheit ihnen auch den Text der Geheimverträge fernzuhalten.

Diese Geheimverträge zwecks Aufteilung Deutschlands und seiner verbündeten Länder fanden schon in den ersten Wochen der russischen Revolution im Vordergrunde der Erwägungen. Sofort nach dem Siege über den Zarismus erörterte der

Auf nach der Veröffentlichung.

Die russischen Proletariate wollten und sollten wissen; für welche Zwecke sie den Krieg führten. Sie wollten und sollten sich Sicherheit darüber schaffen, daß sie nicht etwa für geheimen Geheimnisse inapertissimie Hinterabstehen wider Ströme ihres Blutes vergießen müßten. Aber jolange die provisorische Regierung Rußlands in engem Bündnis mit der Entente zusammenwirkte, blieb diese Forderung unerfüllt. Ja offizielle französisch-englische Mitteilungen betonten noch in den letzten Tagen, daß die westlichen Alliierten die Preisgabe der geheimen Bündnisverträge ohne weiteres als ihren Versuch annehmen müßten. Diese Drohung

muß man in Verbindung bringen mit der Erklärung, die vor einigen Wochen der französische Ministerpräsident Ribot auf eine sozialistische Anfrage in der Kammer abgab: die französische Regierung habe nicht das mindeste gegen die Veröffentlichung der Geheimverträge einzunehmen, es scheie dafür nur noch die Zustimmung der russischen Regierung aus. Ribot konnte

so dreist lägen,

denn er wußte, daß er kurz darauf nicht mehr Ministerpräsident oder Minister des Äußeren sein würde. Zeit nach erfolgter Veröffentlichung redet sich die Entente-Presse darauf hinaus, daß die jetzt bekanntgewordenen Dokumente längst ihre politische Bedeutung verloren hätten; sie seien durch die Antwort der Entente an Wilson vom letzten September überholt. Und diese Auskunft ist auf sehr harmlose Gemüter berechnet. Gerade aus den jetzt veröffentlichten Geheimverträgen erhalten wir erst dokumentarisch bestätigt, wie brutale Eroberungsgelüste die Entente hinter den zweideutigen Redensarten ihre Antwort an Wilson verbarg.

Es ist unmöglich, gegenüber diesen wörtlichen Nachweisen noch mit Ausreden und Abschwächungen operieren zu können. Die Verträge sind jetzt bekannt. Ihre Worte stehen. Da hilft kein Abläugnen und kein Beschönigen. Es steht allemalig fest, für welche Ziele Millionen europäischer Männer seit drei Jahren verblutet sind.

Der erste der publizierten Geheimverträge bezieht sich auf Konstantinopel und die europäische wie asiatische Türkei. Sie wird im Siegesfalle der Entente zwischen Rußland und England aufgeteilt. Frankreich und Italien sollen auch einige Konzeptionen erhalten. Dann geht's

über Deutschland her.

Diese Verträge und Noten wollen wir wörtlich anführen:

Geheimtelegramm Sazonow.

des russischen Außenministers, an den russischen Votschafter in Paris vom 9. März 1916:

Auf der bevorstehenden Konferenz können Sie folgende allgemeine Prinzipien zur Richtschnur nehmen: Die zwischen den Bundesgenossen während des Krieges eingegangenen politischen Übereinkommen müssen unangestastet bleiben dürfen und keiner Revision unterworfen werden. Dies gilt von unsern Abkommen mit Frankreich und England her. Konkretes Beispiel, den Dniep-Unter- und Golan-Abkommen sowie von dem Londoner Vertrag mit Italien. Alle Verträge betr. Festlegung der zukünftigen Grenzen Mittel-Europas sind zurzeit verfrist.

Im allgemeinen muß eingebelt sein, daß wir bereit sind, Frankreich und England volle Freiheit zu lassen, Deutschlands Westgrenzen zu bestimmen, da wir darauf rechnen, daß die Bundesgenossen uns ihrerseits volle Freiheit lassen, unsre Grenzen gegen Deutschland und Oesterreich zu bestimmen. Notwendig ist es vor allem, zu fordern, daß die politische Frage von den Gegenständen der internationalen Verhandlungen ausgenommen und alle Verträge, Abkommen und Garantienkontrolle der Mächte zu stellen, verbunden werden.

Was die transbaikalischen Reiche angeht, so muß man dahin streben, es zu vermeiden, von einem gegen ein feindlichen Auftritten abzuweichen und ebenso rechtzeitig an Maßnahmen zu denken, worin es auf unsere Seite zu bringen, für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, einen Krieg mit Schweden vorzubeugen. Rumänien sind bereits alle politischen Schritte verprochen worden, die es vermöglichen können, zu den Waffen zu greifen; wobei es vollkommen unnötig, in dieser Richtung Maßnahmen zu ergreifen.

Die Frage betreffend die Verdrängung der Deutschen vom sibirischen Markt hat sehr große Bedeutung, aber da die Entscheidung dieser Frage ohne irgend eine Mitwirkung unmöglich ist, ist es ratsam, die Entscheidung bis zu einer transbaikalischen Konferenz zu verschieben, auf der japanische Vertreter anwesend sein werden. Dies schließt nicht aus, daß ein vorbereiteter Meinungsaustrausch auf diplomatischem Wege zwischen Frankreich und England in dieser Frage wünschenswert ist.

Die Aufteilung Deutschlands.

Geheimtelegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Votschafter in Paris vom 30. Januar 1917:

In allerhöchster Audienz hat Herr Doumergue (der französische Votschafter in Petersburg) Seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch Frankreichs mitgeteilt, sich der Rückgabe Eliaf Lothringens nach Schluß des Krieges zu versichern, sowie einer Zanderhebung im Tale des Saarflusses, und es

dahin zu bringen, daß die Gebiete westlich des Rheins von Deutschland losgerissen und so reguliert werden, daß der Rhein in Zukunft ein dauerndes strategisches Hindernis gegen ein deutsches Vordringen bilden möge. Doumergue hat die Hoffnung ausgedrückt, Seine Majestät möchte es nicht ablehnen, jetzt sofort die Zustimmung zu diesem Vorhaben auszusprechen. Seine Majestät geruhte, im Prinzip die Zustimmung auszusprechen.

Ich habe infolgedessen ersucht, daß Doumergue nach Mitteilung mit seiner Regierung mir einen Vorschlag für ein Abkommen zu machen mittelst müßte, das auf der Basis des Notenwechsels zwischen dem französischen Votschafter und mir geschlossen werden könnte.

Indem wir somit wünschen, unsern Bundesgenossen entgegenzukommen, glaube ich gleichwohl an einen Gesichtspunkt erinnern zu müssen, der von der kaiserlichen Regierung in dem Telegramm vom 24. Februar 1916 Nr. 948 bargelegt ist, wonach wir, wenn wir Frankreich und England ein uneingeschränktes Recht in der Frage der Feststellung von Deutschlands westlichen Grenzen zuerkennen, darauf rechnen, daß die Bundesgenossen ihrerseits uns ein entsprechendes Recht zuerkennen werden, was die Feststellung unsrer Grenzen mit Deutschland und Oesterreich anbelangt. Der bevorstehende Notenwechsel in der von Doumergue angeregten Frage gibt uns somit Veranlassung, zu erfragen, daß die französische Regierung uns gleichzeitig ihre Einwilligung dazu versichert, daß Rußland in der Frage der Bestimmung seiner zukünftigen Grenzen im Westen Handlungsfreiheit erhält.

Gehten Angaben in dieser Frage werden wir zu keiner Zeit dem Pariser Kabinett mitteilen, ferner glauben wir, daß der Einwilligung Frankreichs versichern zu müssen, daß nach Schluß des Krieges die Servitut über die Kanalsdämme aufgehoben wird.

Bitte, legen Sie die oben dargestellten Gesichtspunkte Beizand her und telegraphieren Sie über das Ergebnis.

Es folgen noch Geheimtelegramme aus den letzten Oktoberwachen vor dem Siege der Volkswirtschaft in den Strohden Petersburgs. Sie enthalten, daß die Westmächte mit Italien im Bunde dem Rußland Anerkenntnis gebildet haben, sie würden die Masse ihrer materiellen Hilfeleistung veröffentlichen, wenn Rußland nicht endlich wieder seinen militärischen Kampfes zurückgewinne. Krenski antwortet verstimmt: nach sei Rußland eine Großmacht. Es wurde im verlassenen Oktober aber schon wie ein Gerben und der Rumänien behandelt. Das Rußland der Arbeiter, Soldaten und Bauern trägt sich jetzt für die hochmütige Behandlung der Entente erdulden müßte. Es fällt der ganzen Welt den Spiegel hin: so ist es, das wolle ihr, das sind eure Ziele! Die Nachhaber der Entente ziehen den Kopf ein und fragen sich angstvoll: wie parieren wir den Schlag? Denn es ist ein harter Schlag.

Wir gewinnen durch diese Dokumente einen Einblick in das Getriebe des diplomatischen Kräftewerks, das die Führer des Weltkriegs bis zum heutigen Tag in unaufhörlicher Bewegung hält und das bisher jeden toten Punkt, an dem der Stillstand drohte, zu überwinden verstand. Sind schon Bündnisverträge, die das sogenannte Gleichgewicht der Mächte aufrechterhalten sollen, eine Gefahr, so sind solche Geheimverträge, gleichviel von wem sie abgeschlossen werden, geradezu ein

Verbrechen an der Menschheit.

ein Verbrechen nicht zuletzt an dem eignen Volk, dessen Zutreffen mit diesen diplomatischen Abmachungen angeblich gedient werden soll.

Durch die Geheimverträge hatten sich die Hauptmächte der Entente gegenseitig verpflichtet, den Krieg bis zum Ziele bestimmter Anexionen weiterzuführen. Rußland sollte kämpfen, bis Frankreich Eliaf Lothringens gewonnen und die Westküste des deutschen Landes links des Rheins von Deutschland durchgehenden konnte. Die Franzosen sollten ihr Blut verspritzen, bis Rußland die europäische Türkei in die Tasche stecken und sich von Deutschland und Oesterreich-England zu sich nehmen konnte, wie es wollte. Beide — Russen und Franzosen — waren verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die asiatische Türkei politisch und wirtschaftlich unter Englands Oberhoheit geriet. Die Engländer, denen von ihrer Regierung unzählige Male gesagt worden war, sie kämpften für die

Unabhängigkeit der kleinen Nationen und für die Freiheit der Welt, sollten daran mithelfen.

Deutschland zu zerreissen

und einen Teil von ihm unter die Kautenhererschaft des Jaren zu bringen.

In zwei Wochen jährt sich das Andenken an das erste deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916. Dieses Angebot, das schon damals einen Frieden der Verständigung vorsah, fiel durch den militärischen Charakter seiner Einleitung unangenehm auf.

das wirkliche Hindernis.

Die Entente Staaten hatten sich gegenseitig durch Verträge gegen ein solches Angebot von vornherein festgelegt. Wäre das deutsche Angebot nicht von Bethmann im Einverständnis mit der deutschen Seeleitung, sondern von

irgendeiner extremen deutschen Pazifistengruppe stillgelegt worden, es hätte genau dieselbe Ablehnung erfahren und erfahren müssen.

Die Entente Staaten hatten durch ihre gegenseitigen Abmachungen ihren Willern die fürchtbarsten Fesseln angelegt. Es ist etwas ganz anderes, wenn ein Staat für sich allein im Kriege auf Eroberungen ausgeht, als wenn es eine ganze Koalition auf Grund eines

gemeinsamen Deutscheplans

tut. Denn der einzelne Staat bleibt frei in seinen Entschlüssen. Er kann auf die geplanten Eroberungen verzichten, wenn er einseht, daß sie unerreicher oder nur mit allzu großen Opfern erreichbar sind.

So haben die Entente Regierungen ihre Völker, die sie mit freizeitlichen Nebenarbeiten machen, jahrelang an der unidiatoren Seite jener Geheimverträge unerbilligt durch das Blutmeer des Weltkriegs geschleift.

Wie immer man über die Verteilung der Schuld vor und bei Beginn des Krieges denken mag, was da von irgendeiner Seite gefündigt worden sein kann, das wird durch das Verbrechen der Geheimverträge reichlich aufgewogen.

deutschen Verteilungszug

zu betrachten? Es sind die größten Mächte der Welt, die sich vereinigt hatten, um das Deutsche Reich zu verstückeln und zu zerreissen. Ihre Pläne sind keine bloßen Hirage-spinnle. Ihre Verwirklichung, wäre es glückte, wenn sich irgendein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes der gemeinsamen Aufgabe der Verteilung des deutschen Landes entziehen hätte.

Was der Krieg bringt.

Wie Kerenski entkam.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Das Mittel der geheimnisvollen Flucht des ehemaligen Diktators vor Ausland ist zwar noch nicht ganz gelöst, doch sprechen eine Reihe von Anhaltspunkten, die von der aus Ausland zurückgekehrten Franzosen und Engländern hier erzählt werden, für folgenden Tatbestand:

In der Nacht zum 8. November hatten sich die Minister der Kerenski'schen Regierung im Winterpalast versammelt, um zu beraten. Alle geleitet sich ziemlich vertrauensvoll bis auf einen, Kerenski. Er war aufgeregter als je und nicht für fünf Minuten an seinem Platz zu fesseln.

Während Kerenski sich hinten ausruhte, wurden dem seine Kollegen vom revolutionären Ausschuss der bolschewistischen Kommissäre Gesetzbücher überreicht und abgelesen. Das Geräusch von hinteren Mitbewegungen, die der dem Klasse gegen Offiziere und Jochenjunker gelöst wurden, mit denen sich die Regierung umgeben hatte, mag wohl in das Zimmer Kerenski's gedrungen sein.

Zu spät erfuhr man, daß wenige Minuten, bevor die verlasteten Minister fortgebracht wurden, ein Droschkentaxi, das mit Kerenski's Wagen aus dem Haupthof des Gebäudes auf die Straße gefahren war. Der Kutscher war niemand anderes als Kerenski.

Kerenski soll sich nach den Angaben seiner Freunde nicht erst lange in der unsicheren Stadt aufgehalten, sondern mit einem Fahrgast, einem Freunde, die Richtung nach Ostchina eingeschlagen haben. Seitdem wird er nicht mehr gesehen.

Atopifische Politik der Tschechen.

Ueber Prager Demonstrationen, die sich lebhafte abgepielt haben, lesen wir in Prager deutschen Blättern: „Der Führer der tschechisch-national-sozialen Partei, Abgeordneter Masafsch, der sofort bei Kriegsbeginn wegen seiner aufwässigen Agitation und seiner Verleger der Beziehungen interniert und erst jetzt infolge der Amnestie und der gegen die Militärjustiz und den Ausnahmezustand gerichteten Parlamentsentschlüsse in Freiheit gesetzt worden war, hielt eine erste Versammlung ab. Er wurde ebenso wie Dr. Kratochvil bei seiner Rückkehr nach Prag stürmisch begrüßt und forderte seine Zuhörer auf, alle Kraft zur Erreichung des selbständigen tschechischen Staates einzusetzen.“

Der sozialdemokratische Abgeordnete Anton Janetzki wendet sich scharf gegen jene Nationalisten, die die Förderung des selbständigen tschechischen Staates dadurch schädigen, daß sie seine Grenzen immer weiter in die angrenzenden Gebiete Oesterreich-Ungarns — und womöglich auch Deutschlands — hinausschieben.

Jedenfalls scheint die tschechische Selbstständigkeit wieder einmal völlig in Utopien verbannt zu sein, ein bei den Tschechen periodisch auftretender Geisteszustand.

Die Behauptung, daß bei dem russischen Offensivdurchbruch von Borom in Ostgalizien im Juli die tschechischen Truppen einer ganzen Division zum Heinde übergegangen seien, hat der Landesverteidigungsminister in einer Interpellationsantwortung für unbegründet erklärt.

Die alte Leier

Dem „Vorwärts“ fliegt folgendes Scheitelfeld auf den Tisch: Der Vorleser des Kreisauschusses des Landkreises Müßelbach.

Müßelbach, den 13. November 1917. Pöschel. Vertraulich.

In der Anlage gestalte ich mir, einen vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen nationalen Volkskalender 1918 als Geschenk zu überreichen mit der Bitte, denselben evtl. zur Verteilung an Ihre Arbeiter zu bestellen.

Ich bin gern bereit, die Bestellung gemeinsam zu übernehmen und bitte evtl. um Mitteilung der gewünschten Anzahl bis zum 30. d. M.

geg. v. Bedemath beglaubigt: (Name unleserlich). An die industriellen Werke des Kreises.

Der „Volkskalender“ stellt sich als eine Reklame für die sogenannten „wirtschaftsfriedlichen“ Verbände heraus, die mit den üblichen Angriffen gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gepiekt ist.

Gegen die Schnellzugzuschläge.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat am 16. und 17. November zwei Eingaben gegen die Verteuerung des Reisens mit Schnellzügen an den preussischen Eisenbahnminister Dreierbach gerichtet. Sie fordert grundsätzlich die Regierung auf, auf diese verfehlte Maßnahme völlig zu verzichten, da sie einer Verteuerung der gesamten Kriegswirtschaft gleichkommt.

Die Gewerkschaften müssen heute mit wenig Arbeitskräften eine stark angewachsene Verbandsaktivität bewältigen; sie sind deshalb auf den Schnellzugverkehr angewiesen. Ebenso sind die Zehntausende eine große und ungerechte Härte gegen die vielen tausend Arbeiter, die als Hilfsdienstpflichtige weit von der Heimat entfernt kriegsnotwendige Arbeit leisten müssen; sie haben nur ausnahmsweise ein paar Tage Urlaub zum Besuch ihrer Familien und müßten die dort vollständig auf der Eisenbahn zubringen, wenn sie sich nicht des Schnellzugverkehrs bedienen wollten.

Die Begründung für diese Eingaben der Generalkommission ist so einleuchtend, daß man wohl erwarten kann, ihnen stattgegeben zu werden, auch wenn die Regierungsa-

behörden noch so sehr von der Notwendigkeit überzeugt sind, den Schnellzugverkehr auf ein möglichst geringes Maß einzuschränken.

Englische Schiffsverluste.

Die „Daily News“ vom 2. November (Seite 3) bringt folgenden Auszug aus dem Bericht der Liverpooler Reederei-Vereinigung:

„Seit dem 5. August 1914 wurden dem Gesamttonnagebericht der Linien-Schiffahrt der Vereinigung der Liverpooler Reederei entzogen:

Table with 2 columns: Schiffe, Tonnagegehalt. Rows include Verkauf (an die Regierung), Gesenkverluste, Kriegsverluste, Ingesamt verloren, Neuerwerbungen, Reinerlust.

Der gesamte Reinerlust an Passagierschiffen betrug in den ersten drei Kriegsjahren beträgt 20 Prozent. In Friedensjahren mußte diese Schiffahrt nur 10 Prozent Dampfer genommen haben, um den Bedürfnisse an Schiffraum entsprechen zu können.

Was Amerika verdient.

Das Pariser „Journal“ rechnet auf Grund der Ein- und Ausfuhrziffern aus den Jahren 1904 bis 1917 vor, wie die Milliardengewinne der Vereinigten Staaten gestiegen sind. 1904 betrug die Ausfuhr Amerikas 7568 Millionen Frank, 1914: 12 Milliarden, 1915: 18 Milliarden, 1916: 22 Milliarden, 1917: 32,6 Milliarden.

Wie sieht es mit der Einfuhr nach Amerika? 1901 betrug sie 5 Milliarden, 1914: 9,8 Milliarden, 1915: 8,6 Milliarden, 1916: 11,3 Milliarden, 1917: 13,7 Milliarden.

Auch das Pariser „Journal“ sieht ein, daß das kein gesunder Zustand für die Finanzen der Entente sein kann, da ihre Ausfuhr nach Amerika gegenüber den gigantischen Einfuhrziffern gar nicht mehr ins Gewicht fällt.

Amerikanische Kriegspropaganda.

Nach der Londoner „Times“ hat Wilson den Plan einer Organisation gutgeheißen, die 15 000 Kriegseredner anstellen will; diese sollen dafür den Rang als Reserveoffiziere erhalten. Sie sollen bei jeder Menschenansammlung auf Straßen, Märkten und öffentlichen Plätzen, in Theatern und Konzerten kurze kräftige Ansprachen für die Kriegspropaganda halten.

Auch zur Sehung der Kriegszustimmung in Italien hat wieder eine umfangreiche Kriegspropaganda eingeleitet. Der bekannte belgische Gewerkschaftler Caspari ist wiederum nach Mailand geeilt, um mit Berichten über deutsche Gräueltat in Belgien das arme italienische Volk aufzuwecken.

Zentrum und Vaterlandspartei.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Auf dem Umweg über die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ hat die Zentrumsanhängerschaft von den schweren Gegengängen erfahren, die auf der Tagung der weisfälligen Zentrumspartei in Hamm zum Durchbruch gekommen sind.

Die Dortmunder „Tremonia“, die ebenfalls den Gegengängen einen harmlosen Anstrich zu geben verübt, bringt jetzt Nr. 309 vom 9. November eine Zuschrift aus Dortmund über Parteifreien, die ebenfalls zunächst dem Gefühl peinlicher Uebertragung über den Bericht der „Rheinischen Zeitung“ Ausdruck gibt:

„Das es Leute im Zentrum gab, die mit der Reichstags-Resolution aus diesem oder jenem Grunde nicht einverstanden waren, mußte man aber konnte man annehmen.“ so heißt es da. „Wer die „Rheinische Volkszeitung“ liest, wundert sich nicht über das Aufkommen alldieser Ideen in Zentrumskreisen.“

Nachdem aber die Fraktion die Vaterlandspartei öffentlich abgelehnt hatte, konnte erwartet werden, daß die vom Alldemokratismus angelegten Kreise zum wenigsten schweigen würden. Das verlange die auch von der „Köln. Volksztg.“ immer betonte Parteizucht!

„Aun aber erleben wir das schmerzliche Schauspiel, daß führende Männer der Partei öffentlich auftreten, um die von der Reichstagsfraktion betämpfte „Vaterlandspartei“ zu empfehlen. Das ist einfach Bruch der Parteizucht!

Die Zuschrift wirkt dann die Frage auf, ob es politisch klug sei, daß deutsche Katholiken, daß Geistliche in hoher Stellung öffentlich (!) für eine Partei agitatorisch tätig sein wollen, die ganz offenbar den päpstlichen Friedensbemühungen entgegenarbeitete.

Was man sich in jenen Kreisen auch wohl die Frage vorgelegt, wie ein solches Vorgehen auf die große Masse der katholischen Zentrumswähler wirken würde? Man siehe doch nicht mit Worten, die einmal einem politischen Zwecke geopfert, unwiederbringlich verloren sind.

Mit wie starken demokratischen Neigungen die Zentrumspartei trotz aller reaktionären Tendenzen gewisser Führer zu rechnen hat, geht aus dem Hinweis auf das innerpolitische Programm der Vaterlandspartei hervor. Darüber heißt es:

Es liegen sehr ernste Gründe vor, diesen Punkt nicht ausweichend zu behandeln. Wer so viel sei doch ganz offen gesagt: will das Zentrum eine klare und offene Politik im Sinne der Verwirklichung des Kaiserwortes? Dieses hat ein ganz bestimmtes Wahrrecht, das einigen nicht passen mag, in Aussicht gestellt. Will das Zentrum sich an der Tätigkeit dieser beteiligen, die jenes kaiserliche Versprechen historisch machen wollen? Oder vielmehr, soll der Einfluß der Kreise innerhalb der Zentrumspartei, die das allgemeine Kaiserwortes nicht wollen, die ganze Partei mit fortziehen? Hier gilt es Klarheit zu schaffen, um bedingte und rücksichtslose Klarheit. Keine Verführung für etwaige Folgen, die vielleicht eintreten könnten, die aber sicher eintreten werden, wenn das Zentrum sich von der Erfüllung des kaiserlichen Versprechens und damit von seinem eignen früheren Programm löst, darf hier die Entscheidung herbeiführen.

Es besteht Grund zu der Annahme, daß in diesen Sätzen die Anschauungen eines sehr großen Teiles der Zentrumsanhänger, vor allem der Arbeiter und Kleinbürger, niedergelegt sind. Entschieden sich die Zentrumspartei gegen sie, dann wird es zutreffend, was jene Auslassung ausdrückt, nämlich, daß die Vaterlandspartei nichts anderes ist als ein „Sprengpulver für den Zentrumsturm“.

Selben und Pöbel.

Gewisse kirchliche Kreise scheinen ihren Stolz darin zu setzen, die Alldemokraten nach Maßlosigkeit des Wissens gegen Verdinglichung und Freiheit zu überführen. Erbauliches dieser Art findet sich in Nr. 42 des „Evangelischen Kirchen- und Volksblattes für Baden“. In einer „Ausspredigt“ zu Beginn des Blattes heißt es:

Was im Deutschen Reichstag vorgegangen ist, daß ein fröhlicher evangelischer Pfarrer Vaterlandsdetraktör in Schuß nimmt und man Minister stürzen will, weil sie nichts anders tun, als den Verrot aufbauen und die Wittensbrandmarken, das ist ein trautes Geißel von der Verleugung aller Begriffe. Kenn ein solches Volk noch liegen?

An anderer Stelle derselben Nummer heißt es: Das deutsche Volk könnte es auch mit Augen sehen, was es mit der vielbesprochenen Demokratisierung der Regierung auf sich hat. Doch wagt man vor einer Vergeblichkeit des Regiments in deutschen Landen! „Vergeblichkeit des Regiments“, das ist für wahr ein schöner Ausdruck dafür, daß die Männer, die jetzt draußen vor dem Feind ihr Leben einsetzen, in Zukunft die Gefährde des Feindes bestimmen sollen! Solange sie den Feldgrauen Mut tragen, sind sie Helden. Haben sie ihn aber ausgegeben, so heißt sie ein kirchliches Sonntagsgläubchen! Und alles dies noch während der Dauer des Krieges.

Der goldene Segen.

Die Feststellung des Vermögenszuwachses für den dreijährigen Zeitraum vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1916 hat, wie eine Berliner Reichstagsstelle erzählt, einen Zuwachs von weit über 5 Milliarden, zum allergrößten Teil aus Kriegsgewinnen bestehend, ergeben.

Sinnvoll kommen nun noch die Kriegsgewinne des laufenden Jahres und der folgenden Zeit bis zum Friedensschluß, für die einstmals erst ein Sicherungsgesetz erlassen ist, demzufolge zur Sicherstellung der Kriegsgeldvermögen nicht ins Ausland gebracht werden darf. Bekanntlich der Steuerbehörde, und wodurch den Gesellschaften die Verpfändung auferlegt wird, 60 vom Hundert des Kriegsgewinns des letzten Jahres zurückzulegen. Zurzeit läßt sich noch gar nicht übersehen, wie hoch der Gesamtbetrag der Kriegsgewinne sich belaufen wird. Aber man sollte schon jetzt es für selbstverständlich halten, daß der Reichstag und der Bundesrat Vorrichtungen des bestehenden Gesetzes beschließen werden. Vers ist aus das ursprüngliche Gesetz bereits ein Zufußsah von 20 vom Hundert des vorgezeichneten Steuerbetrags gelegt worden, aber auch diese Sätze sind noch zu gering, als daß sie den Kriegsgewinnen nicht immer noch den größten Teil ihrer unzulässigen Beute beliehen. Hier muß rücksichtslos durchgegriffen und die Kriegsgewinne samt und sonders konfisziert werden.

12500 Tonnen.

Amisch wird gemeldet: Im Englischen Kanal wurde durch eine unserer Unterseeboote 12500 Buntrotzergittertonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befand sich ein großer bewaffneter englischer Dampfer von über 5000 BRT-Registertonnen. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Notizen.

Besprechungen beim Kantoor. Der Reichstangler Graf Hertling wird im Laufe des Wintors die Führer der Reichstagsparteien empfangen, um sich mit ihnen über die politische Lage im allgemeinen und über die Rede, die er am Donnerstag im Reichstag zu halten gedenkt, im besonderen zu beschreiben. Am Dienstag hatte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann die Fraktionsführer zu sich gebeten. Es fand keine gemeinsame Konferenz statt, vielmehr waren die Abgeordneten einzeln oder fraktionsweise eingeladen. Die Mitteilungen waren streng vertraulich.

Unter Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten. Unter Vorsitz des bayerischen Staatsministers v. Engel fand die bereits angekündigte Sitzung des Bundesratsauschusses für die auswärtigen Angelegenheiten im Reichstagspalais statt. Man nimmt nach der „Voss. Ztg.“ an, daß der Bundesratsauschuss auch die Möglichkeit von Waffenstillstandsverhandlungen erörtert habe.

Trennung der Kirche vom Staat. Dem am 27. November zusammengetretenen Landtag für Sachsen-Meinungen ist die Regierung einen Gesetzentwurf über Trennung der Kirche vom Staat zugehen lassen, nachdem dieser Entwurf bereits im Jahre 1914 vorgelegt, aber durch die Kriegereignisse liegen gelassen war. Der neue Entwurf verlangt vom Landtag für die Kirche einen jährlichen Zufußsah von 288 000 Mark, welche Summe auch in Zukunft nicht erhöht werden kann. Die Kirche wird selbstständig, also ein „Kirchenstaat“ im Staate, und der Landtag hat nicht mehr wie bisher ein Recht, kirchliche Angelegenheiten zu betonen. Ob sich für eine solche Trennung, die lediglich zugunsten der Kirche zugestimmt ist, eine Mehrheit im Landtag finden wird, ist immerhin fraglich.

Die Entente gegen Rußland. Laut amtlicher Mitteilung beh. „Echo de Paris“ haben die Regierungen der Entente beschlossen, dem russischen Volk eine Protesterklärung gegen das Brest-Litowsk-Abkommen zu adressieren. Man bringt, das eine Erklärung des Londoner Vertrags darstelle. Frankreich erklärt einen besonders Protest gegen die Verletzung des französisch-russischen Bündnisses. Beide Erklärungen werden dem russischen Volk direkt, nicht aber der militärischen Regierung bekanntgegeben, da die Entente deren Anerkennung verweigert. — „Times“ erzählt von maßgebender Seite in Petersburg, daß in einer Zusammenkunft der Befehlshaber auf der amerikanischen Ostküste be. schlossen wurde, Trolis Reis, die als nicht empfangen gelten soll, zu ignorieren. — Die „Recht“ berichten mitteilend, können die Beschlüsse der offiziellen Zirkulare Rußlands an der Pariser Konferenz ab. Die Entscheidung wird formell damit begründet, daß Reichstäter Ministerium nicht Gelegenheit fand, sein Bedauern zu äußern. Der russische Gesandtschaftsrat Semowitsch wird nur zu informativen Zwecken bei den Beratungen zugezogen werden.

Beschung der Franzosen. Der „Temps“ behauptet, daß bei der Errichtung der Konferenz der Alliierten in Paris die französische Regierung vorklaugen wird, durch eine gemeinsame Erklärung die Gefahren festzustellen, denen Rußland sich durch die Abgrenzung, die ausschließlich in Betreffung herrschen, aussetzt. Es wird sich auch darum handeln, die Beziehung von Rußland eingetragenen Verbindlichkeiten zu dramatisieren.

be Rußland Sonderverhandlungen mit dem Feind eingeleitet (süd und Dokumente veröffentlicht, die nur auf allgemeinen Befehl veröffentlicht werden dürften. Der „Temps“ sagt hierzu, daß Frankreich, das mit Rußland vor dem Kriege ver. bindet war, insbesondere besonders schwerwiegende Gründe habe, sich zu beschweren und vollkommen entschlossen sei, die Initiative der Brest-Litowsk, denen es eine besondern Beschwörung hinzufügen muß.

Die Vergeltung. Die „Morning Post“ melbet aus Petersburg: Die Regierung hat die Petersburger Wahlen angeordnet, Wahlungsanweisungen nach dem Aus. land bis auf weiteres nicht zu bewirken. Es werden keine An. wendungen nach dem Ausland über die Grenzgebiete mehr ge. macht. Die Maßnahme richtet sich in erster Linie gegen die Verbündeten Rußlands. Sie ist, wie das Blatt bemerkt, nur die Vorbereitung der Dinge, die noch kommen werden.

Zur Kaufkraft selbständig? Aus Warszawa wird gemeldet, daß sich Kaufkraft (son von Rußland) in Krakau, eine eigne Regierungsmacht gründet und das Parlament gewählt hat; dieselbe gehörte 40 Sozialisten an, unter denen sich nur ein Bolschewik befindet. Alles ist ruhig.

Unterdrückung der Friedenspropaganda. 46 Interkammern. glieder, meist Sozialisten oder Radikale, haben einen Antrag gegen die geplante Verordnung eingebracht, die Zensur künftig auch auf politische Flugschriften ausdehnen.

Die Ukraine selbständige Republik. „Deits Chronik“ erzählt aus Petersburg vom 23. November: In Wien ist die Macht in den Händen der ukrainischen Rada, die die ukrainische Republik ausgerufen hat. Die Re. publik wird mit Rußland vereinigt bleiben und umfaßt die Gouvernements Kiow, Poltawa, Wolhynien, Tschernigow, Kiewan, Tscherniawina, Gierow und Zaratien. Alle Regierungsstellen in Wien sind in den Händen der Ukraine und die russischen Minister sind besetzt. Am 20. November hat die Rada ein Mani. fest erlassen, in dem die Republik ausgerufen, alle privaten Länd.ereien, der Grundbesitz der Ritter und die Domänen in dem ukrainischen Gebiet als Staatsvermögen erklärt werden und die geltende Verfassung der Ukraine für den 23. November ein. treten wird. Die Wahlen werden am 3. Januar abgehalten werden.

Die Biabe der Biabe? Ein Italiener meldete sich in einer Berliner Zeitung zum Wort und wollte wissen lassen, daß nach der Regel: Männer, Hölzer, Flüße, Winde Mastulma sind“ die Biabe der Biabe heißen müßte. Italienisch: Biabe. Die Italiener aber schreiben und sprechen Ba Biabe, Biabe Biabe, nicht Biabe Biabe. Also: die Biabe, die alle Biabe, nicht der alle Biabe. Wer es heute mit dem Biabe hält, denkt da, nach an die alten Biabe; wer aber sich mit dem Biabe befreunden, denkt an die Italiener. Die Biabeiner wollen dagegen an ihrem Plaisir festhalten, wie sie es mit ihrem Adler tun, wäh. rend der Italiener nur den verhandelnden Teufel fern.

Aus den Säubern der Freiheit. Wie die „Gazette“ vom 19. November mitteilt, wurde die Leberin Helene Brion verhaftet. Sie wird angeklagt, eine politische Verschwörung bebrochen zu haben. Zusammen mit ihr stehen unter Anklage die Sekretärin Zulfan aus Venedig und der Arbeiter Konstantin aus Bergamo. Das englische Unterhaus hat zur Wohlform mit 200 gegen 171 Stimmen beschlossen, daß ausgeprobenes Dienver. weigerer, d. h. die auf Gewissensbeugung vom Kriegsdienst Vertrieben, das Stimmrecht verlieren.

Die Engländer rennen an.

W. L. B. Großes Hauptquartier, 28. November 1917. (Amstsch.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz kuppelt.

In Flandern war das Artillerieregiment zwischen dem Doubauxer Wald und Janbore vor der Stellung an. Bei Doubauxer Wald (südlich) es am Abend zu größerer Stilleheit an.

In beiden Seiten der Scarpe erhöhte Gefechtsaktivität. Auf dem Schiffsfeld bei Cambrai leitete schwerer Feuerkampf mit Tagesanbruch die Kanakische ein, die die Eng.länder mit frisch eingesehten Divisionen gegen Bourlon, Fontaine und anschließende Stellungen richteten.

Westlich von Bourlon brachen keine Angriffswellen und die ihnen vorausgehenden Panzerwagen in unserm Feuer zu. sammen.

Zwischen Bourlon und Fontaine brach der Feind nach mehr. maligem vergeblichem Ansturm in unsre Abwehrgene ein. Bourlon und Fontaine gingen vorübergehend ver. loren.

Die durch den erlittenen Einheitskampf stark geschwächten Eng. lischen Verbände traf der Gegenstoß unserer Infanterie. An. fassend angelegt und schnellig geführt, nahm sie die Da. bauer in glänzendem Ansturm wieder und warf den Feind in den Wald von Bourlon zurück. Mehr als 200 Gefangene und zahlreiche Wundverwundete blieben in ihrer Hand.

Das harte Feuer ließ bei Eintritt der Dunkelheit nach. Deutsche Infanteriekämpfe dauerten bis in die Nacht hinein fort.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordwestlich von Laure ließen die Franzosen bei einer mäßigenden Unternehmung Gefangene in unsere Gefände.

Auf dem Hühen Wass. Hier war die Stellungsfestigkeit am Besten geeignet. Sie plante von Mittag an zu mäßigen Störungsfener ab.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Remen liegen starke französische Abtei. lungen gegen unsere Stellungen vor. Sie wurden im Kampfe ab. geschossen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Magdonische Front. Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front. Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Kriegsgewinne.

Der „Rheinische Arbeiterkampf“ teilt im Abendblatt C vom 5. November die im Gemeinderat von Austerdam be-
 stimmte Zahlen über das Steigen der Einkommen in
 Austerdam mit. Seit Kriegsbeginn stieg die Zahl der Einkom-
 men wie folgt:

Einkommenshöhe	1913/14	1917
10 000 - 20 000	1820	1691
20 000 - 30 000	343	412
30 000 - 40 000	161	236
40 000 - 50 000	76	116
50 000 - 100 000	135	292
über 100 000	82	107

Diese Zahlen betreffen lediglich die in Austerdam an-
 wohnenden Personen.
 Es ist natürlich eine große Zeit, in der wir leben: Aus dem
 Tode der Millionen können die Wenigen Millionen versparen.

Höllens-Urlauber.

Die folgende moderne Legende, die man nicht in ein altes
 fabelhaftes Märchen ausdrehen vermag, erzählt Georgs de la
 Fontaine im „Deure“.

„Eines Tages wurde der Teufel, nachdem er jahrhundert-
 lang den Seelen seiner Opfer, in den Glänzen des Hölle-
 nreiches zugehört hatte, schließlich gelangweilt. Er beschloß, für die
 nächsten Jahre die Hölle zu verlassen und sich ein wenig in der
 Welt herumzuwandern. Er wählte sich zu diesem Zweck einen
 Tag, an dem die Menschen sich in der Regel nicht in die Hölle
 begeben, und er verließ sich auf die Güte der Hölle, um dort
 ein wenig Ruhe zu finden. Er ging in die Hölle und fand dort
 eine Menge von Teufeln, die sich gegenseitig bekämpften und
 töteten. Er sah, daß die Hölle nicht so schön war, wie er
 sich vorgestellt hatte. Er beschloß, die Hölle zu verlassen und
 sich in der Welt herumzuwandern. Er wählte sich zu diesem
 Zweck einen Tag, an dem die Menschen sich in der Regel nicht
 in die Hölle begeben, und er verließ sich auf die Güte der
 Hölle, um dort ein wenig Ruhe zu finden. Er ging in die Hölle
 und fand dort eine Menge von Teufeln, die sich gegenseitig
 bekämpften und töteten. Er sah, daß die Hölle nicht so schön
 war, wie er sich vorgestellt hatte. Er beschloß, die Hölle zu
 verlassen und sich in der Welt herumzuwandern.“

„Ich“, sprach ein zweiter, „wurde gefesselt, weil ich drei
 Maß Weizen geschoben hatte. Zur Sühne wurde ich wegen
 Züchterns verurteilt. Und doch könnte man einen Augenblick schlechter
 Raute sein, als ich. Man vergesse, daß am Freitag
 hängt. Man sehe sich hier auf der Erde herum, wie viele
 von Kriegsverbrechen, von Mordtaten und andern, die
 Millionen getötet haben und weiter töten. Sie werden trotzdem
 in dieser Welt nicht bestraft und denken wahrscheinlich, daß es
 ihnen in der andern Welt nicht minder gut ergehen wird.“
 „Und ich“, sprach der dritte, „wurde für meinen Teufel
 mit 30 Zentner Weizen bestraft. Das war kein hoher Preis, wie ich jetzt
 feststellen kann.“ „Alle, Güte“, krühte da Alexander Borzja, der
 unvorhergesehen in ein Stück Brot geblieben war, „man hat
 nicht vergessen!“ Die bestrafte Verdammen des Hölle-
 nreiches machten schleunigst lebet und begaben sich zur
 Höre des Paradieses, um von dem heiligen Petrus eine Notiz
 der Hölle zu erhalten, die sie zu erlangen.“

Aus der Parteibewegung.

Ein Ausführbüro für die Feldgrauen.

Wie in den Verhandlungen des Bürgerpartei-
 mitgeteilt wurde, hat die sozialdemokratische Partei Deutschlands
 jetzt ein besonderes Büro für die Angelegenheiten der Kriegs-
 teilnehmer eingerichtet. Dieses Büro gibt Auskunft und be-
 arbeitet das einlaufende Material für die Fraktion. Leiter des
 Büros ist Herr Daniel Stüden. Man wende sich deshalb
 an dieses Büro. Die Adresse ist:

Herrn Reichstagsabgeordneten Daniel Stüden
 in Berlin (Reichstag).

Kleine Chronik.

Eindring in das kaiserliche Schloß Wilhelmshöhe.

Begünstigt durch das Sturmwetter in der Nacht zum Dienstag
 drangen Eindringler in das kaiserliche Residenzschloß Wil-
 helmshöhe ein und raubten zahlreiche kostbare Hüter, Schmuck,
 Werten, Vorräte und alte Waffen von hohem Kunstwert. Einer der
 Diebe muß unbedingt über gelegenes Kunstverständnis verfügen
 haben, da er mit Kunstschick die Auswahl unter den zahlreichen
 Gegenständen getroffen hat. Soweit sich bisher feststellen
 ließ, sind Kunstwerke im Wert von 80 000 bis
 100 000 Mark gestohlen worden. Einige Stücke sind bereits
 in Kassel untergebracht und verkauft worden. Das Wertvollste scheint
 aber nach Ansicht der Polizei ein Bild zu sein. Der Käufer einer der
 großen gemalten Vasen in Kassel selbst den Verkäufer als eleganten,
 stattlichen Mann von vornehmer Art, der angeblich sein Vater,
 ein Kunsttandler und General, sei gestorben, und so es als Erbin-
 der Front sei, wolle er die mittlen Stücke der Sammlung verkaufen.
 Er gab als Adresse eine sehr vornehme Villa in der Sandhaushöhe
 „Wulung“ an Wilhelmshöhe an und erreichte es, daß er am Sonntag,
 ehe der Todschlag endete, vier Kunstgegenstände im Werte von 20 000
 Mark verkaufen konnte.

Hinrichtung der drei Zigeuner Gebrüder.

Die im Alter von 24, 28 und 30 Jahren stehenden, aus Ober-
 hessen stammenden drei Zigeuner Gebrüder, die am 15. Februar 1913
 im Walde bei Hildesheim den Führer von einem Kriegskriegler
 haben und von dem Schergericht in Hanau zum Tode verurteilt worden
 waren, sind in Hanau hingerichtet worden. Die Brüder Gebrüder
 hatten nach der Tat die Flucht ergriffen. Ernst Gebrüder wurde nach
 einigen Monaten in Braunschweig ergriffen, während Wilhelm und
 Hermann Gebrüder nach Kassel und Quersiedeln über Osterrhein,
 Italien, die Schweiz und Frankreich nach Holland kamen und dort im
 vorigen Jahre gefasst wurden.

Die Futterkosten für ein Schwein.

Ein Sachverständigen-Bericht, das trotz des ersten
 Untergrundes einer gewissen Anteil nicht entbehrt, erregte kürz-
 lich in einem Kriegsveteranenprozeß vor der Schweid-
 nischer Strafkammer nicht wenig Aufsehen. Ein tieferer Band-
 wert als Reichsbrot für ein Schwein hatte drei Schweine
 gemästet und eins davon einen Reichsbrot-Fabrikanten zu

einem Preise verkauft, durch den sich letzterer betragen sollte. Der
 Sachverständige wurde wegen Kriegsveteranen unter Anklage ge-
 stellt und vom Reichsbrot-Fabrikanten zu 100 Mark Geld-
 strafe verurteilt. In dem Prozeß, der auf die Verurteilung des Be-
 klagten durch die Schweidnitzer Strafkammer bezügliche, spielte
 die Frage nach den Futterkosten die Hauptrolle. In erster Instanz
 hatte ein Sachverständiger behauptet, daß die täglichen Futterkosten für ein
 Schwein mit 25 Pf. zu veranschlagen seien. Ein weiteres Gut-
 acht, das ein Reichsbrot-Fabrikant als Sachverständiger dem Verurteilungs-
 gericht erstattete, ging dahin, daß die täglichen Futterkosten pro
 Schwein mindestens 75 Pf. bis 1 Mark betragen. Schließlich
 war auch die schließliche Landwirtschaftskammer gut-
 achtlich gehört worden. Nach ihren Berechnungen bezifferten sich die
 Futterkosten für ein Schwein pro Tag auf 1 Mark bis 1,80
 Mark. Zu bemerken ist, daß allen drei Gutachten die Futter-
 preise des vorjährigen Herbstes zugrunde gelegt worden waren.
 Das Berechnungsergebnis führte übrigens zur Freisprechung des Ange-
 klagten.

Vermischte Nachrichten.

Das Verbot des Kriegsveteranen. Einer jetzt an-
 geordneten Kriegsveteranen, die es sich nicht verlagern können,
 der bardenen Mittelteil ihren neugeborenen Reichstum nicht
 auffallend vorzuführen, erlebte dieser Tage im Nordseebad Wismar
 auf der Insel Jöhr für seinen Knaben eine gelungene und
 unter den andern Badegästen vielbeachtete Witz. Der mit
 Familie und „Befolge“ in einem der dortigen ersten Hotels ab-
 gelegene Kriegsveteranen geriet in große Verlegenung, als er erfuhr,
 daß die Wägen im Kurhaus nicht funktionierten. Man vermied der
 hohen Herrn auf die gut funktionierende Wägen beim Kaufmann
 um die Ecke, aber da man man schon an: wie man sich erdreisten
 könnte, von ihm zu verlangen, er solle täglich den Weg zur Wägen
 des Kaufmanns machen! Ein Diener mußte dem Kaufmann be-
 helfen, er möge die Wägen sofort in sein Zimmer schicken. Wenn
 nicht anders, wolle er sie ihm ablaufen; er müsse nämlich von
 jeder Wägen wissen, was er angenommen habe. Der Wägen-
 Kaufmann ließ sich durch dies seltene Angebot nicht verblüffen.
 Er ließ dem Hotelgast sagen, die Wägen sei geliehen mehrere
 Zentner schwer und könne nicht so ohne weiteres in ein Hotel-
 Zimmer gebracht werden. Außerdem sei die Wägen für alle Aus-
 gänge bestimmt, nicht nur für einen. Wenn dem Herrn aber mit
 einer kleinen Handwage für — Lumpen genügt sei, bei der er
 durch Aufhängen sein tägliches Gewicht feststellen könne, dann
 wolle er ihm eine solche gern zur Verfügung stellen. Auf dies
 vorzügliche Angebot hat der „geliebte“ Hotelgast bis heute
 nicht reagiert.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist ferner das 8. Heft vom 1. Band
 des 38. Jahrgangs erschienenen „Aus dem Reich des Ostens“
 herausgegeben von: Volkswirtschaft und parlamentarische Zeitung.
 Von Heinrich Gurot. — Die russische sozialistische Presse in der
 Revolution. Von N. E. Wron. — Zwei Kriegsromane. Von
 A. J. J. — Ein wichtiges Problem. Von Wilhelm Holtz.
 Literarische Rundschau: Christian Meyers Werke. Von Karl
 Tiesel. N. E. Wron, Die große russische Revolution. Von
 R. S.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Unter Hinweis auf § 8 des Reichs-Justizgesetzes vom 3. April 1874
 werden die Herren Notare, die in diesem Jahre in dieser Stadt
 Schwuppenscheinungen befolgt haben, angefordert, ihre Schwuppenscheinungen
 möglichst umgehend, spätestens jedoch bis zum 1. Dezember
 dieses Jahres der Polizeiverwaltung, Troppschuhstraße 4
 (Zimmer 18), einzureichen.

Wiederumfahrungen erwachsener, nicht mehr schulpflichtiger Per-
 sonen müssen in besondere Listen aufgenommen werden.
 Halle, den 26. November 1917. Die Polizeiverwaltung.

Die Internationalität und der Krieg

von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.

Sozialdemokratie und Kriegskredite

von Friedrich Stampfer — Preis 10 Pf.

Elfaß-Vorbringen und die Sozialdemokratie

von Hermann Wendel — Preis 10 Pf.

Zu haben in der
 Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Schlosser

güch für dauernde Beschäftigung.

Berbet-Maschinenbau, G. m. b. H.,
 Halle, Turmstrasse 117. 394

Thalia-Säle.

Freitag den 30. November, abends 8 Uhr

Volkstümliches Konzert

zum Behen der Interbrigadengasse des Stadttheater-Orchesters

Leitung: Karl Nöhren.

Solisten:

Dina Mahlendorff, Alfred Ernesti.

Thalia-Theater

Stadt-Theater.

Wahlspiel des
 Thalia-Theater-Verwaltung
 Sonntag den 2. Dezember,
 nachmittags 3 1/2 Uhr

Freitag den 30. November,
 Anfang 7 1/2 Uhr Ende 9 1/2 Uhr

Hermat

Die Komödie der Strungen

Schauspiel von Edermann.
 Abends 7 1/2 Uhr

Schauspiel von Edermann.
 Sonntag nachm. Maria Stuart.
 Abends: Es Gertraud.

Die Herren Söhne

Schauspiel von Walter Stern.
 Freitag: Der zerbrochene Krug.

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehren-
 den und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit

Zeitschrift zur Vertiefung der Interessen der schaffenden Frau.
 Einzelnummer 10 Pf.

In Freien Stunden

Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und
 interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie.
 Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Der Wahre Jacob

Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, einzeln
 Nummer 10 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung

Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zudek. Ca. 50 verschiedene Bändchen à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg

bearbeitet von Eduard
 Bernstein.

Reichhaltige Roman-Bibliothek

der beliebtesten
 Autoren.

Für die Schneiderei:

Modenzzeitung Frauenzeitung Praktische Damenmode Hausschneiderei
 Sonntagszeitung Sonntagszeitung Deutsche Modenzzeitung.

An unsere Leser!

Wir sind in der erfreulichen Lage, unsern Lesern eine außerordentlich bedeutungsvolle Ausgestaltung der „Volksstimme“ mitteilen zu können. Unser Blatt, obwohl ein völlig selbständiges Unternehmen, mußte bis jetzt in der Druckerei unsers Magdeburger Brudersblattes hergestellt werden. Und da die drucktechnischen Verhältnisse gegenwärtig äußerst schwierig sind, wie eben alles zur Kriegszeit, so waren wir leider nicht imstande, der „Volksstimme“ jene Gestalt zu geben, die wir ihr selber sehr gern wünschten.

Vom 1. Dezember an wird das aber anders. Es ist uns gelungen, trotz aller entgegenstehenden ungeheuren Schwierigkeiten, eine eigene Druckerei wenigstens in Leipzig zu errichten. Und durch sie sind wir imstande, eine Zeitung von solcher Art herauszugeben zu können, die allen Ansprüchen vollauf genügen wird.

Zunächst wird die „Volksstimme“ von nun an regelmäßig mindestens sechsfach erscheinen, nach Bedarf in noch stärkerem Umfang. Weiterhin wird sie die allerneuesten Nachrichten bringen, meistens sogar noch den letzten Heeresbericht. Fernerhin wird sie regelmäßig die städtischen Nahrungsmittelverkäufe der meisten größeren Orte anfündigen, und zwar so rechtzeitig, daß unsre Hausfrauen noch danach gehen können. Schließlich wird sie inhaltlich nach allen Seiten wesentlich bereichert, wo immer wir ein Interesse unsrer Leser vermuten. Und endlich wird sie allwöchentlich eine besondere Unterhaltungsbeilage bringen, durch die vor allem das Lesebedürfnis unsrer Frauen befriedigt werden soll.

Nehmen wir hinzu, daß dieselben flotten Artikel beibehalten werden, die bisher schon den Beifall unsrer Leser und weitestverbreiteter Kreise darüber hinaus gefunden haben, daß unsre positiv-sozialistische Haltung noch viel stärker als bisher hervorgekehrt werden soll, die da heißt: Praktische Arbeit zur schnellsten Erlangung eines vernünftigen Friedens, zur weitgehendsten Besserung unsrer Lebensmittelversorgung, zur gründlichsten Ausgestaltung unsrer innerpolitischen Verhältnisse, zur unumsäglichsten Besserung der sozialen Lage aller materiell Bedrückten, aber auch Kampf, schärfsten prinzipiellen Kampf gegen alles, was sich dem entgegenstellt, — dann ergibt sich, daß die „Volksstimme“ von nun an ein Blatt wird, durch das die Ansprüche aller derjenigen Kreise, für die es bestimmt ist, tatsächlich in ausreichendem Maße erfüllt werden.

Unsern Lesern und Freunden liegt es nun, sofort mit der regsten Werbetätigkeit für dieses neu ausgestaltete Blatt einzusetzen, ihm sowohl neue Leser als auch neue Inserenten zuzuführen, mit dieser Tätigkeit aber auch während des ganzen Dezember nicht aufzuhören, damit der innere Ausgestaltung der weitere äußere Aufschwung folgt.

Redaktion und Verlag der „Volksstimme“.

Halle und Saalkreis.

Halle, 29. November 1917.

Zur Tarifbewegung der Holzarbeiter und inneren Neuregelung des Verbandes.

Zwei überaus wichtige Fragen hat eine am Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes beraten und entschieden. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, die Tarifbewegung, gab der Vorsteher S. H. n. b. l. das einleitende Wort. Die Versammlung ist schließlich mehr verständig betretend aller notwendigen Lebens- und Lebensmittel zwingt die Arbeiter immer wieder dazu, neue Forderungen auf Vorkostung der Holzarbeiter zu stellen. Dabei kann ruhig ausgesprochen werden, daß die bisher gesagten Lohnzusagen und selbst die neu angebotenen Forderungen noch lange nicht als Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung gelten können. Um das zu ermöglichen, müßten die Preisbindungen mindestens um das Dreifache gesteigert werden. Das zu tun, daran denken die Unternehmer natürlich nicht und lehnen selbst die bescheidensten Forderungen der Arbeiter als „unerfüllbar“ ab. Dabei haben sie es aber ganz gut verstanden, die Preise für ihre Erzeugnisse, vor allem für Möbel, um das Dreifache und Vierfache, in um noch mehr zu steigern. Die bisherigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zur Vermeidung der bestehenden Beträge unter Berücksichtigung der Forderungen der Holzarbeiter haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Kündigung der Verträge in allen Evidenzen wäre nun am 15. November schon ausgesprochen gewesen, wenn zwischen den Zentralvorständen nicht in letzter Stunde noch eine Vereinbarung zustande gekommen wäre, die den Holzarbeiter ein neues Monat hinaussetzt. Trotz dieser Vereinbarung haben aber einige Bezirksverbände des Arbeitgeber-Verbandes ihren Latenzstand nicht ändern können und die Kündigung der betreffenden Verträge in allen Sägen und Sägen. So sieht der von den Unternehmern bei jeder Gelegenheit im Munde geführte „Bursche“ aus. Der Arbeiter empfiehlt der Versammlung, sich auf den Boden der von der Reichsregierung einmündig beschlossenen Resolution zu stellen, die zum Ausdruck bringt, daß die Kündigung der Verträge ausgesprochen werden muß, wenn von den Unternehmern keine angemessenen Zugeständnisse gemacht werden. Die Versammlung stimmte dem einstimmig zu. Die Unternehmer haben es also in der Hand, das Gewerbe der Holzarbeiter zu ruinieren und zu zerstören.

Von der Gaufunktion in Magdeburg gab Kollege Jacob einen mit kurzen Bericht, da deren Beschlüsse durch die inzwischen stattgefundenen Reichstagsarbeiten überholt sind.

Die Neuregelung der Wochenbezüge und der Unterhaltungen behandelte sodann Kollege Schaefer nach der Vorlage der Reichsregierung. Die etwa 17-minütigen Ausführungen wurden von der Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt, und dadurch betonen, welches Interesse die Mitglieder der Verträge entgegenbringen. Zunächst wird Bedenken treffend nach, wie sich dieses Tarifwesen aus kleinen Stufen immer mehr, oft mit, oft aber auch gegen die Mitglieder gestalten habe. Die Entwicklung hat eben auch auf diesem Gebiet ihr Recht verlangt. Diese Entwicklung zur Zentralisierung muß aber mit Rücksichtnahme auf einen förmlichen Antrag der Reichsregierung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern führen. Früher oder später wird es bei einer äußeren ausgehenden Kampfesform zu einem gewissen Kampfe um der Holzindustrie kommen, in dem beide Gruppen ihre gesamten Widerstände in den Kampf werfen müssen. Diejenigen Kollegen, die durch die leibhaftigen fröhlichen Tagesabläufe sich in Sicherheit geglaubt haben, werden eines schönen Tages mit großer Enttäuschung daraus erwachen. Da muß die Frage aufgeworfen und geprüft werden, ob unser jetziges Mitglied in der Organisation einem solchen Kampfe standhalten kann. Unsere Lohnbewegungen und Kämpfe sind gestoppt, aber unser finanzielles Mitglied nicht. Dieses gepulvert hat, während in den einzelnen Verbandsstellen und Abteilungen, das ist weder möglich noch notwendig. Jede einzelne Zahlstelle ist dagegen von der Kampfesfähigkeit und -fähigkeit des Gesamtverbandes in sehr hohen Maße abhängig. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Vorlage der Konferenz zu betrachten und zu werden. Der Arbeiter sollte nämlich die Vorlage in ihren einzelnen Bestimmungen prüfen. Die Häften und Schichten, die die Vorlage des Verbandes enthält, sind von der Gesamtverbandskommission beauftragt worden. Auch die Verbandsregierung der Zahlstellen wird durch die jetzige Vorlage in keiner Weise mehr eingeschränkt als früher. Dagegen bringe sie für eine sehr große

Anzahl der Zahlstellen eine Gewandlung der Verhältnisse vorzunehmen. Aus allen diesen Erwägungen habe auch die von 135 Delegierten besetzte Reichskonferenz mit allen gegen sechs Stimmen (der Reichs Delegierten) die Vorlage angenommen.

In der anschließenden Aussprache erklärten sich sämtliche Redner mit der Nummer zur Unterzeichnung stehenden Vorlage einverstanden und empfahlen den Mitgliedern, deren Annahme, Beschließen wurde noch wegen der Wahl der Verbandsliste eine schriftliche Umfrage bei den Mitgliedern vorzunehmen.

Die Unterzeichnung erfolgt in der Zeit vom 1. bis 17. Dezember. Alle Mitglieder werden ersucht, bis spätestens 17. Dezember ihren Stimmzettel ausgefüllt abzugeben, da dieses nachdem nicht mehr möglich werden kann.

Die Friedensresolution des Reichstags.

Notwendige Ergänzungen zu alldeutsch-konservativ-patriotisch-parteilichen Zirkularen von Reichsmitgliedern des feindlichen Auslandes.

Der Abgeordnete Langest, Führer der sozialistischen Minorität des Reichstags, führt im „Populären Zentrum“ vom 21. Juni 1917 aus:

Man muß völlig unvorsichtig sein, wenn man die Erklärungen der sozialdemokratischen Mehrheit, die seit 3 Jahren daselbst behauptet, ohne ihre Zuehnung jemals verfehlt oder abgeschwächt zu haben, wie Reanier, als eine Voraussetzung, in eine Unversöhnlichkeit bezieht. Ihre Erklärungen sind ihre ganze Politik seit dem 4. August 1914 nicht auf zwei Zeilen zurückzuführen. Generelles stellen sie sich den Anzweiflungen jeder Art entgegen, verwenden jede Weisheitserweiterung durch Gewalt, verlangen selbst, da, wo Unabhängigkeit nicht gewahrt werden könne, vollständige Autonomie fremder Völker, und sprechen sich ohne jede Einschränkung oder Vorbehalt für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens und Serbiens aus. Kein christlicher Beurteiler kann leugnen, daß sie damit in Übereinstimmung mit allen anderen Parteien des Reiches treten, und daß man sie nur in ganz beschränkter Weise mit ihren schlichten Zielen, den Anzweiflungen und Widerständen, die das genaue Gegenteil wollen, gleichsetzen kann.

Auch das ist eine tüchtige Unansehlichkeit, daß die Reichstagsmitglieder der Sozialdemokratie an Anzweiflungen erst seit dem letzten März erfolglos feines Landes verzichtet habe. Denn der proklamierte bereits bei der Kreditbewilligung am 4. August 1914 seine Gegnerschaft gegen jede Eroberungspolitik und hat nicht aufgehört, sie seitdem zu wiederholen. Sie andere Gedankenlose, in der die Sozialisten jedoch mit allen Parteien einig sind, ist die Weigerung, eine Nichterfüllung des Versprechens an Frankreich ins Auge zu fassen und den verüblichen Gewandlungen Schuldhaftigkeit zu gewähren. Die von Branting, Dunsman und Treckler vertretenen Ansichten haben sie von jeher bereitigt.

Achtstundentag für die Rüstungsindustrie?

Von einem Werkmeister aus der Rüstungsindustrie wurde vor dieser Tage von einem „interessanten Experiment“ erzählt. Danach war in einer Betriebsabteilung des Werks aus irgend einem hier nicht näher bekannten Grunde die Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden pro Tag herabgesetzt worden. Trotz der harten Arbeitserleichterung wurde genau dieselbe Menge Arbeitsprodukte hergestellt als in der vorher bedeutend längeren Arbeitszeit. Ob eine Aus-

anwendung aus der Feststellung gezogen wird, wußte der Herr nicht zu sagen.

Das hat die Mitteilung nicht übertrifft, denn schon seit vielen Jahren wurden die von gewerkschaftlicher Seite aufgestellten Behauptungen, daß in stündlicher Arbeitszeit daselbst geleistet werden könne als in 8 und 10 Stunden, mit Beweisen aus der Praxis belegt und zum erstenmal im Jahre 1900 von Prof. J. J. de (Seno) wissenschaftlich untersucht und begründet. Die Arbeiter, Unternehmungen hielten sich auf Beobachtungen und Erfahrungen, die in keinem Betrieb, den optischen Werkstätten von Karl Zeit in Jena, im Laufe eines Jahres mit dem Achtstundentag gegenüber dem Neunstundentag gemacht worden sind. Einwandfrei wurde festgestellt, daß in stündlicher Arbeitszeit genau dieselbe Tagesleistung — in Effektivität noch eine Kleinigkeit mehr — erreicht wurde wie in der früheren stündlichen Arbeitszeit.

Nach Abbe liegt dieser Erscheinung ein bestimmtes physiologisches Gesetz zugrunde, das darin besteht, daß bei industrieller Zeitarbeit der tägliche Verbrauch menschlicher Arbeitskraft sich auf ein bestimmtes Maximum auszuweiten vermag. Ob diese Grenze bei stündlicher Arbeitszeit schon erreicht sei, müßte noch erforscht werden, ebenfalls sei sie noch nicht überschritten. Gesundheitliche Nachteile für die Arbeiter seien nicht nur nicht beobachtet worden, sondern das Gegenteil. Die Arbeiter waren täglich 1 Stunde weniger den gesundheitsschädlichen Einwirkungen der Fabrik ausgesetzt und hatten 1 Stunde mehr zur Erholung und Erfrischung ihrer körperlichen Kräfte zur Verfügung.

Zu diesen unter dem Gesichtspunkt der Menschlichkeit zu bestehenden erfreulichen Erscheinungen treten aber auch noch gar nicht so unbedeutende Vorteile für den Unternehmer: Er spart an Geld, Arbeitskraft, Heizung und Maschinenverschleiß — Vorteile, die gerade jetzt in der Zeit des Rohmaterialmangels eine außerordentlich große Rolle in der Kriegswirtschaft spielen.

Für die gesamte Rüstungsindustrie mit ihrer jetzt besonders bis ins kleinste ausgebaute Zeitarbeit sind die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg des Achtstundentags aber weitläufig gegeben. Das Kriegsgeschehen hat die Möglichkeit, die für die Arbeiter schon vorteilhaft, für die Unternehmer wirtschaftlich vorteilhaft stündliche Arbeitszeit einfach vorzuschreiben. Nur völlige Ungenauigkeit macht es erforderlich, daß man diesen Weg noch nicht beschritten hat. Doch man noch nicht einmal das Probieren erfolgt hat, geht schon daraus hervor, daß in der Rüstungsindustrie noch Arbeitszeiten bis zu 12 Stunden täglich als dauernde Einrichtung üblich sind.

Prof. Abbe gibt zwar zu, daß eine vorübergehende, über 8 Stunden hinausgehende Hebertätigkeit die Tagesleistung erhöht, aber sehr bald geht die Leistung auf die normale Tagesleistung zurück. Die Erhöhung der normalen Tagesleistung kann nur auf Kosten des Körpers geschehen, sie führt notwendigerweise zum Wank der Körperkräfte, der um so sicherer eintreten muß, je mehr es an der Müdigkeit fehlt, dem Hebel mit geleiteter und besserer Richtungsfindung zu begangen. Man frage die Arbeiter, wie weit sie mit diesem Standen an Arbeitskraft schon gekommen sind! Seine Kriegsnutzenbedeutung kann das entscheidende — genau das Gegenteil verlangen Vernunft, Erfahrung und Wissenschaft.

Erhöhung der Tagesvergütung für Hausflüge. Im Antrag des Hausflüge-Vereins hat die Armenkommission die Tagesvergütung für Hausflüge von 1,50 Mark auf 1,60 Mark erhöht.

Grund zur Erhaltung und Wahrung der deutschen Volkstift. Die Klempner der Adler, Friedrichstraße, Zumbräse, Jonastraße, Hüttenstraße, Feuerstraße und Redefisch werden gebeten, sich Donnerstag den 29. November im „Schulhaus“, Breitenburger Straße, zur Entgegennahme der Abrechnung des Klempnerbundes einzufinden.

Die Weihnachtsferien werden bekanntlich vielfach infolge der Aufhebung der Arbeitszeit verlängert. Der Interimskomitee ist deshalb bestimmt, daß während der längeren Weihnachtsferien für eine angemessene Beibehaltung der Schlichtungs- und Sorge zu sorgen ist. Als besonders erwünscht ist begründet, daß die Schüler und Schülerinnen bei gütiger Widmung ihres zu Besuchszeiten im Freien und zu Schulniederungen vereinigt werden. Es wird auch erwartet, daß überall die Schulpflichtigen fortgesetzt werden.

